



„China verfolgt seine eigenen Interessen“

Der Asienexperte Ekkehard Wiek aus Singapur erklärt, warum sich das Land als Retter in der europäischen Schuldenkrise anbietet

Der Westen hat sehr an Selbstbewusstsein verloren, stellt der Asienexperte Ekkehard Wiek fest. Vor ein paar Jahren galt China als interessanter Produktionsmarkt. „Heute wollen wir China als weißen Ritter in der Weltwirtschaft sehen“, sagt der Vermögensverwalter.

VON SABINE MARQUARD

Herr Wiek, China bietet sich an, der Euro-Zone zu helfen. Wie ist das einzuschätzen?
Ein konkretes Angebot wäre sicher an strenge Bedingungen geknüpft: Europa soll erst mal seine Hausaufgaben machen, bevor China in Europa investiert, so die Äußerungen aus Peking. In Asien und speziell in China wirft man den Europäern und Amerikanern vor, dass sie gern gute Ratschläge erteilen. Wenn sie aber selbst in Schwierigkeiten sind, werden die eigenen Ratschläge nicht befolgt.

Können Sie ein Beispiel nennen?

In der Asienkrise 1997/98 haben der Westen und der IWF die Asiaten gedrängt, dass sie marode Banken pleitegehen lassen, Schulden abbauen und die Zinsen anheben. Das haben asiatische Finanzminister nicht vergessen. Nun blicken die Asiaten zunächst kopfschüttelnd, inzwischen aber zornig auf den Westen. Denn die hier ausgelösten Turbulenzen schlagen sich auch in Asien nieder.

Wurden die Ratschläge des Westens in der Asienkrise angenommen?

Die Krise traf damals besonders die südostasiatischen Staaten wie Thailand, Indonesien und Malaysia. Die Asiaten haben die Maßnahmen in weitem Umfang angenommen. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Die südostasiatischen Staaten haben heute ein gesundes Bankensystem, eine vergleichsweise geringe Staatsverschuldung sowie eine geringe private Verschuldung und ein sehr hohes Wirtschaftswachstum.

Das klingt so einfach.

Der Weg dahin war mit Schmerzen verbunden, die Menschen mussten den Gürtel enger schnallen, und es hat soziale Spannungen gegeben.

Zur Person

Ekkehard Wiek

- **1961** geboren in Löffingen.
- **1989** Abschluss als Dipl.-Wirtschaftsingenieur.
- **1994** Promotion
- Zwei Jahre bei Arthur Andersen, Managementberatung in Frankfurt.
- **Bis 2007** Gesellschafter und Geschäftsführer der Dr. Wiek Persönliche Vermögensbetreuung GmbH in Ettlingen.
- **Seit 2007** Geschäftsführer der deutsch-schweizerischen Vermögensverwaltungsgesellschaft W&M Wealth Managers (Asia) Pte Ltd, Singapur.
- Seit über 20 Jahren ist Wiek beruflich und privat mit Asien verbunden, seit 2007 lebt der Vermögensverwalter und Fondsmanager in Singapur. (sam)



Foto: W&M

gen gegeben. Jetzt fordern die Asiaten und vor allem die Chinesen, dass der Westen seiner Verantwortung gerecht wird. Weil die Weltwirtschaft daran hängt.

Welche Strategie verfolgt China?

Die Chinesen sind mindestens so machtbewusst wie die Amerikaner. Hilfsaktionen für westliche Staaten folgen allein ihren eigenen Interessen. Es geht heute um die Sicherung der Ressourcen für die nächsten Jahrzehnte. Dazu gehören Rohstoffe, Beziehungen, Zugang zu strategisch gelegenen Häfen. Die Chinesen handeln mit einer langfristigen Perspektive. Sie wollen ihren Einfluss in bestimmten Ländern und bestimmten Regionen sichern. Zu sehen, dass europäische Staaten, die in Schwierigkeiten kommen, allen Ernstes ihr Heil bei den Chinesen suchen könnten, bereitet mir Sorge.

Weil Sie fürchten, die hoch verschuldeten Staaten geraten in die Abhängigkeit Chinas?

Die Chinesen machen alles mit Kalkül. Wenn sie europäischen Ländern unter die

Arme greifen, tun sie das nur, wenn diese Länder dafür einen hohen Preis bezahlen.

Ist es für China eine Genugtuung, wenn es nun als Retter auftreten kann?

Das Selbstbewusstsein der Asiaten war schon immer hoch, ist aber in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Die Probleme, die wir seit 2008 haben, sind westliche Probleme, nicht asiatische. Die öffentlichen Kommentare, die heute ein chinesischer Staatspräsident abgibt, sind deutlich offensiver als noch vor wenigen Jahren. Für asiatische Verhältnisse ist das schon ein lautes Rufen. Aber klar: Die Situation ist für die Repräsentanten auch Balsam.

Wird China als aufstrebende Wirtschaftsmacht überschätzt? Es zeichnen sich doch Risiken ab: Inflation, großstädtische Immobilienblasen und ein Demografieproblem.

Ich glaube nicht, dass das Potenzial Chinas überschätzt wird. Mancherorts werden die Risiken aber oft übersehen. Es stellt sich die Frage, ob so ein zentralistisch geführtes Riesenreich, das sich politisch, wirtschaftlich und sozial mit solch einer Geschwindigkeit verändert, seine Machtstruktur dauerhaft aufrecht erhalten kann. Wenn die Zentrale gut funktioniert, die richtigen Visionen hat und die richtigen Instrumente einsetzt, wird China erfolgreich sein. Wenn die Zentrale einen Fehler macht, hat das gravierende Auswirkungen auf das ganze System – politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich. Ich vermag nicht vorherzusagen, ob wir in China in fünf oder zehn Jahren noch eine ähnliche stabile Situation sehen.

Im Westen setzt man große Hoffnungen auf China, gleichzeitig gibt es Ängste. Ist das typisch für das gegenseitige Verhältnis?

Jeder Unternehmer freut sich über einen großen Kunden. Wenn dieser Kunde aber sehr anspruchsvoll ist und ihm Ressourcen und Zusagen abverlangt – und das tun die Chinesen –, dann hat der Unternehmer auch immer Bammel, dass er in eine gewisse Abhängigkeit gerät.

Hat sich das Verhältnis geändert?

Vor fünf Jahren hat man von China als interessantem Produktionsmarkt, ein Stück weit auch Absatzmarkt gesprochen. Heute

wollen wir China als weißen Ritter in der Weltwirtschaft sehen. Da hat der Westen doch merklich an Selbstbewusstsein verloren. Noch heute kann sich allerdings der deutsche Industriearbeiter gar nicht vorstellen, was da im Moment in China abgeht. Welche Dimension auf uns zukommt: 1,3 Milliarden Menschen, alle hungrig nach Erfolg, alle fleißig und relativ diszipliniert. Das ist schon eine Macht, vor der ich Respekt habe.

Für uns ist China oft rätselhaft: Politisch eine Diktatur, es gibt viele Millionäre, das Land boomt, westliche Technologien werden abgekauft. Rätseln Chinesen auch über uns?

Auch für Asiaten ist es schwierig, Europäer und Amerikaner zu verstehen. Der Vorteil für Asiaten oder Chinesen: Über uns kann man schneller etwas erfahren, wir öffnen uns mehr nach außen. Dagegen ist es für uns schwieriger zu sehen, was die Chinesen wirklich denken – gerade auch in Verhandlungen. Chinesen sind verschlossen und können vielleicht auch besser pokern. Sie spielen gerne auf Risiko und akzeptieren, dass sie dabei verlieren können. Es ist generell eine Stärke der Asiaten, dass sie schneller nach Tiefschlägen wieder aufstehen. Natürlich betrübt es auch einen asiatischen Anleger, wenn er 30 Prozent an der Börse verloren hat. Aber er wird in der Lage sein, seinen Lebensstandard morgen anzupassen. Wir Deutschen sind doch nicht mehr in der Lage, uns auf einen niedrigeren Lebensstandard einzustellen. Wir erwarten beispielsweise grundsätzlich, dass uns der Staat hilft, den alten Status zu erhalten.

Die Chinesen wollen stärker in Europa investieren. Umgekehrt ist das oft nicht möglich oder nur zu einem Fremdannteil von 49 Prozent. Bleibt diese Schieflage bestehen?

Was sollte die Chinesen dazu veranlassen, das zu ändern? Im Moment fahren sie mit dieser Strategie hervorragend. Da wir auf diesem Markt auch auf der Absatzseite unbedingt dabei sein wollen, sind wir bereit, den Kern unseres Wissens zu teilen. Wenn ich sehe, was im Hochtechnologiebereich an Know-how-Abfluss stattfindet, erschreckt mich das. Da gibt es man sich in einen Sumpf, den man so leicht nicht wieder verlassen kann.

► 10 · Fernsehen

Mehr Quassler, weniger Zuschauer

Die ARD strahlt nun an fünf Tagen pro Woche eine Talkshow aus. Doch eine erste Bilanz fällt ernüchternd aus: Die Fernsehmacher haben den Bedarf des Publikums offenbar überschätzt.

► 12 · Kultur

Saiten-Wehmut und Winter-Impressionen



Foto: Holger Schneider

Am Abschluss-Wochenende des Musikfestivals Stuttgart war das Gambenensemble Sirius Viols von Hille Perl (im Bild) zu hören sowie der Bariton Christian Gerhaher mit Schuberts „Winterreise“.

UBS-Chef hatte keine Ahnung von Betrügereien

Deshalb will Oswald Grübel nicht zurücktreten

ZÜRICH/LONDON (dpa). UBS-Chef Oswald Grübel übernimmt zwar die Verantwortung für den Zockerskandal, bei dem das Institut 2,3 Milliarden Dollar (1,7 Milliarden Euro) verloren hat – an einen Rücktritt denkt er aber nicht. „Ich habe die Verantwortung für alles, was in der Bank passiert – ich fühle mich aber nicht schuldig“, sagte er der Schweizer Zeitung „Der Sonntag“. Grübel betonte, er halte nichts von Rücktrittsforderungen: „Das ist rein politisch“, sagt der Deutsche, der vor zwei Jahren aus dem Ruhestand geholt worden war, um das durch die Finanzkrise schwer gebeutelte Institut wieder auf Kurs zu bringen. „Wenn jemand mit krimineller Energie vorgeht, können Sie nichts machen. Das wird es in unserem Job immer geben“, so Grübel.

Der Londoner UBS-Händler Kweku Adoboli war am Donnerstag in London wegen Verdachts des Betrugs und der Bilanzfälschung verhaftet und dem Haftrichter vorgeführt worden. Der nächste Gerichtstermin ist für 22. September angesetzt. Oswald Grübel wollte keine näheren Angaben dazu machen, wann er selbst von dem Milliardenverlust erfahren hat: „Zu dem Zeitpunkt, wo wir es entdeckt haben“, sagt er auf die entsprechende Frage.

Der 31-jährige mutmaßliche Täter soll den Milliardenverlust mit nicht genehmigten Transaktionen verursacht haben. Ziel der zusammen mit der britischen Aufsichtsbehörde FSA geplanten Untersuchung sei es, die genauen Umstände der nicht autorisierten Handelsaktivitäten abzuklären, erklärte die Schweizer Aufsichtsbehörde Finma. Die „Sunday Times“ berichtete am Sonntag unter Berufung auf „Insider“, Adoboli habe insgesamt im Umfang von sogar zehn Milliarden US-Dollar gezoekt. Sein Konto sei am Freitag geschlossen worden.

Die Bank erklärte, der Verlust resultiere aus ungenehmigten Spekulationen mit Termingeschäften auf die Aktienindizes Dax und Euro Stoxx. Die Bank betonte, man sei dem Händler bereits auf der Spur gewesen, als sich dieser am 14. September offenbart habe. Kundengeld sei nicht verloren gegangen.

Tagesgeld

10 000 Euro Anlagesumme

Anbieter	Zins in % p.a.
NIBC Direct (1,2)	2,70
Advanzia-Bank (1,2)	2,62
Bank of Scotland (1,3)	2,60
Deniz-Bank (1,2)	2,52
IKB direkt (1)	2,30
DHB Bank (1,2)	2,10
GE Capital Direkt (1)	2,10
Vakifbank International (2)	2,10
SKG Bank (1)	2,05
Akbank (1,2)	2,00
Comdirect-Bank	2,00
Garanti Bank International (2)	2,00
Santander Direkt Bank	2,00
Ziraat-Bank Stuttgart (1)	2,00
Oyak Anker Bank	1,90
HKB Bank (1,2)	1,85

Tendenz: leicht steigend

(1) Online-Kondition; Einlagensicherung: (2) 100 000 Euro/Person, (3) 85 000 GBP/Person

Neukundenangebote bleiben unberücksichtigt. Angaben ohne Gewähr.

Weitere Infos: www.stuttgarter-nachrichten.de
Quelle: biallo.de Stand: 16. 9. 2011

Schweiz setzt Geld deutscher Steuersünder fest

ZÜRICH (StN). Schweizer Finanzkonzerne wollen deutschen Steuersündern offenbar ihr Geld nicht zurückzahlen – zumindest nicht in bar. Manche Banken zahlen höchstens die Hälfte des Vermögens aus, andere begrenzen die Auszahlung auf einige Tausend Euro, berichtet der „Spiegel“. Demnach halten die Institute das Geld zurück, weil viele Deutsche sich ihre Guthaben auszahlen lassen wollen, um der Besteuerung zu entgehen, die die Schweiz mit Deutschland vereinbart hatte. Dann würden die Schweizer Banken auf Kosten von zwei Milliarden Franken sitzenbleiben, die sie als Zeichen des guten Willens nach Deutschland überweisen wollen. Einige Anleger wollen offenbar gegen dieses Vorgehen klagen. In diesem Fall laufen sie allerdings Gefahr, dass ihre versteckten Guthaben auffliegen.

Auch Siemens plant Atomausstieg

Konzern will keine Kernkraftwerke mehr bauen, weil diese in Deutschland abgelehnt werden

MÜNCHEN (rtr). Nach dem geplanten Atomausstieg Deutschlands will sich nun auch einer der größten deutschen Technologiekonzerne aus der Atomenergie verabschieden. Für den Münchner Siemens-Konzern sei das Kapitel Atomkraft abgeschlossen, erklärte Konzernchef Peter Löscher. „In die Gesamtverantwortung des Baus von Kernkraftwerken oder deren Finanzierung werden wir nicht mehr einsteigen.“ Zu dem seit längerem geplanten Atom-Gemeinschaftsunternehmen mit dem russischen Rosatom-Konzern werde es daher nun nicht mehr kommen. Grund für die Entscheidung sei unter anderem die klare Positionierung von Gesellschaft und Politik in Deutschland zum Ausstieg aus der Kernenergie nach der Atomkatastrophe in Japan.

Mit der Entscheidung schwenkt Löscher nun wieder auf den Kurs seines Vorgängers

Heinrich von Pierer ein, der sich aus der Atomtechnologie zurückziehen wollte. Für Löscher dagegen war die Kernenergie bis zur Atom-Havarie in Fukushima im März noch ein riesiger Zukunftsmarkt. Bis 2030 würden weltweit 400 neue Atomreaktoren gebaut und über 1000 Milliarden Euro investiert, hatte Löscher im Jahr 2009 noch vorausgesagt. Zusammen mit Rosatom begann er damals die Planungen für einen neuen Atomtechnik-Giganten als fünften Anbieter neben Areva, Mitsubishi, der Toshiba-Tochter Westinghouse und dem Bündnis von GE und Hitachi.

Zuletzt hatte Löscher allerdings signalisiert, dass sich Siemens nach dem Rückzug aus dem mit Areva betriebenen Joint Venture Areva NP nun doch nicht auf ein neues Atom-Gemeinschaftsunternehmen mit Rosatom einlassen werde. Die Reaktion auf rus-

sischer Seite sei sehr verständnisvoll gewesen, sagte Löscher. Beide Seiten seien weiterhin sehr interessiert an einer Partnerschaft auf anderen Feldern. Denkbar ist, dass die Münchner Rosatom nun eine technologische Partnerschaft anbieten, in der Siemens die Teile für Atomreaktoren liefert, die auch in konventionellen Kraftwerken zum Einsatz kommen. Derartige Geschäfte werde Siemens auch künftig machen, sagte Löscher.

Rosatom war zunächst für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Der russische Atomkonzern hatte sein Interesse an einer strategischen Partnerschaft mit Siemens im Mai noch einmal bekräftigt. Zugleich hatte Rosatom-Chef Nikolai Spasski aber auch eingeraumt, angesichts der Wende in der Atompolitik Deutschlands nach Fukushima müsse eine Allianz mit den Münchnern neu definiert werden.